

# Tischvorlage

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister  
der Stadt Nürnberg  
Dr. Ulrich Maly  
Rathaus  
90403 Nürnberg

*STR 22.07.2009*

<b>OBERBÜRGERMEISTER</b>		
22. JULI 2009 / ..... Nr. ....		
✓	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 Zu V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

*Mu*

Nürnberg, 21. Juli 2009  
Limbacher/ki

**Stadtratssitzung 22.07.2009**  
**TOP 5 Vier Jahre SGB II in Nürnberg**  
**- Umsetzung, Entwicklung, Resultate 2005 bis 2008 -**  
**Zukunft der ARGE in Nürnberg**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor fünf Jahren wurde mit der ARGE zwischen Kommune und Arbeitsagentur eine Stelle für alle Arbeitssuchenden in der Grundsicherung nach SGB II geschaffen. Ohne kommunale Kompetenz hätte die Umsetzung dieser Reform zum 01.01.2005 und die sofortige Zahlung der Leistungen nicht funktioniert.

Hilfe aus einer Hand ist auch heute noch der richtige Weg. Die bisherigen Erfahrung in der ARGE zeigen, dass neben den Integrationserfolgen, für einen Anteil von Langzeitarbeitslosen eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt nicht mehr möglich ist.

Aufgrund einer unterbrochenen Erwerbsbiografie werden künftig auch die erworbenen Rentenanwartschaften für eine Sicherung der Existenz im Alter nicht ausreichen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2007 die Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen mit dem GG für unvereinbar erklärte, schlug die Ministerkonferenz eine Grundgesetzänderung vor, die Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG) als Nachfolgeeinrichtungen der ARGE vorsahen.

Dieser Vorschlag wurde von den Unionsfraktionen im Bundestag abgelehnt und demzufolge ist die Zukunft der ARGEN noch immer nicht entschieden.

Auch vor dem Hintergrund der Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ist eine Entscheidung über die künftige Struktur der ARGEN dringend notwendig. Die ungelöste Situation erhöht zudem die Mitarbeiterfluktuation und dies wiederum würde zu Leistungseinbrüchen bei den ARGE-Kunden führen.

- 2 -

Deshalb stellt die SPD-Fraktion zur Behandlung im Stadtrat am 22.07.2009 folgenden

**Antrag:**

Der Stadtrat fordert die Bundesregierung auf und bittet den Deutschen Städtetag um Unterstützung:

1. um eine rechtliche Grundlage für die Organisation der Arbeitsgemeinschaften zu schaffen, die mit einer eigenen Personalhoheit und einem eigenen Haushalt ausgestattet ist.
2. den Aufbau eines öffentlich finanzierten Arbeitsmarkts für Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen zu fördern. Bei der Umsetzung sind die Erfahrungen der Kommune einzubeziehen.
3. die Rentenversicherungsbeiträge bei SGB II-Bezug bzw. den Bundesanteil bei der (kommunal finanzierten) Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen



Gebhard Schönfelder  
Vorsitzender